

Das „Europäische Sozialmodell“ – Nebelkerze, Modernisierungshebel, Expansionshilfe – oder gesellschaftspolitisches Konfliktfeld ?

Jörg Huffschmid, 23. Juni 2007, Hannover

In: Regina Viotto/Andreas Fisahn (Hg), *Europa am Scheideweg. Kritik des EU-Reformvertrags*. In Kooperation mit dem wissenschaftlichen Beirat von attac, Hamburg (VSA-Verlag) 2008, S. 68-78

Ich möchte im folgenden 6 Thesen zum europäischen Sozialmodell vortragen, von denen die ersten drei sich mit der politischen Entwicklung und Funktion dieses Konzeptes in der Europäischen Gemeinschaft seit ihrer Gründung und die drei folgenden sich mit der Notwendigkeit und den Eckpunkten einer alternativen Konzeption eines europäischen Sozialmodells befassen.

Diesen Thesen möchte ich jedoch als *Vorbemerkung* den Hinweis vorausschicken, dass die Diskussion über das europäische Sozialmodell zwischen TeilnehmerInnen aus verschiedenen Sprachkreisen zunächst einmal mit sprachlichen Unklarheiten verbunden ist, die von erheblicher politischer Relevanz sind. Der Begriff taucht in der europäischen Diskussion in den 1990er Jahren zuerst in der englischen und französischen Version auf : European social model bzw. modèle social européen. Beide Begriffe umfassen Inhalte, für die es im Deutschen unterschiedliche Begriffe gibt, nämlich einmal das *sozialpolitische* Modell (social policy model) Europas und zum anderen das europäische *Gesellschaftsmodell*, (European model of society) das sehr viel mehr als nur Sozialpolitik umfasst und z. B. auch historische und kulturelle Traditionen, politische Institutionen und Strukturen, soziale Orientierungen und Werte einschließt. Irgendwo zwischen diesen beiden Begriffen liegt der des *Sozialstaates*, der wiederum nicht identisch ist mit dem englischen Ausdruck *welfare state* oder dem französischen *état providence*.

(In der wissenschaftlichen Diskussion gibt es eine lange Tradition der Analyse des Sozialstaates in dem breiteren Sinne des Gesellschaftsmodells, in der die Verzahnung von sozialpolitischen Institutionen, ökonomischen Grundstrukturen und politischen Herrschaftsformen im Zentrum steht. Sie findet eine etwas abgeseckte Fortsetzung in den 1990er Jahren, in denen der Tenor bei der Feststellung liegt, dass es *den* europäischen Sozialstaat nicht gibt, dass es vielmehr mehrere unterschiedliche Modelle gibt, in denen ökonomische, soziale und politische Elemente in unterschiedlicher Weise konfiguriert sind und unterschiedliche Ergebnisse produzieren: das angelsächsische, kontinentale, südeuropäische, osteuropäische Sozialmodell).

I. Von der sozialpolitischen Korrektur zur ökonomischen Unterordnung

Die ersten drei Thesen laufen darauf hinaus, dass das europäische Sozialmodell sich in den 1990er Jahren grundlegend gewandelt hat: von einer vorwiegend auf sozialpolitische Abfederung marktbedingter sozialer Härten gerichteten Konzeption über eine allmähliche neoliberale Veränderung oder „Modernisierung“ des Menschen- und Gesellschaftsbildes hin zu einer zunehmenden Unterwerfung der zentralen sozialen Schutz- und Sicherungssysteme in den Mitgliedsländern unter den Imperativ der Ökonomisierung als Teil einer aggressiven Strategie zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

I. Vom sozialen Ausgleich zur Nebelkerze. In den ersten dreißig Jahren nach den Verträgen von Rom tauchte der Begriff des europäischen Sozialmodell als Modell der Gesellschaft in der europa-politischen Diskussion nicht auf. Das lag vor allem daran, dass die EWG als wirtschaftspolitische Gemeinschaft von Sozialstaaten gedacht war, die sich auf den Gemeinsamen

Markt und konjunkturpolitische Koordination stützte. Sozialpolitik als umfassendes System der sozialen Sicherung jenseits des Marktes blieb demgegenüber weitgehend den *Mitgliedsländern* überlassen, in denen sie in der einen oder anderen Form – in Deutschland als Element der sozialen Marktwirtschaft – einen Gegenpol und Korrektur zum Marktmechanismus spielte.

Allerdings gab es auch in dieser Phase Sozialpolitik auf *europäischer Ebene*. Sie war konzipiert als soziale Ausgleichspolitik gegenüber möglichen Härten, die durch die Dynamik der Marktöffnung in der EWG entstehen. Schon der Vertrag von Rom enthielt ein Kapitel über Sozialpolitik und über einen *Sozialfonds*, der etwa Beihilfen für ArbeitnehmerInnen vorsah, um ihre Mobilität im Binnenmarkt zu fördern und die durch ökonomischen Strukturwandel gefährdeten Beschäftigungschancen zu verbessern. Diese Ausgleichsfunktion gewann nach der ersten großen Reform der europäischen Verträge in der „einheitlichen Europäischen Akte“ an Gewicht. Diese Reform kodifizierte das Binnenmarktprojekt und ersetzte die positive Methode der Integration auf dem Wege der Entwicklung gemeinsamer Regeln für den europäischen Binnenmarkt durch die negative Integration der Beseitigung von Marktgrenzen ohne vorherige Herstellung gemeinsamer Regeln. Es war absehbar, dass dies eine Welle der Deregulierung und einen Wettlauf zum Abbau kostenträchtiger Schutzrechte für ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen lostreten würde. Es war nicht nur absehbar, sondern es wurde auch abgesehen. Es ist bemerkenswert, dass das Binnenmarktprojekt von zwei sehr unterschiedlichen Expertengutachten begleitet wurde, beide von der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben. Der eine (der Cecchini-Bericht „Vorteile des Binnenmarktes“) sang völlig hemmungslos das Loblied der Liberalisierung und versprach das Blaue vom Himmel. Der andere (der *Padoa-Schioppa-Bericht*: „Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit“) befürwortete zwar auch die Marktintegration, warnte aber zugleich, dass diese nur zu positiven Ergebnissen führen werde, wenn sie begleitet werde von einerseits einer rigorosen Wettbewerbspolitik zur Verhinderung von Konzentration, Monopolbildung und wirtschaftlicher Macht, und andererseits von einer intensiven Regional- und Sozialpolitik zum Abbau der regionalen Disparitäten und Kompensation der sozialen Härten, die durch den schärferen Wettbewerb entstehen würden. Die gleiche Argumentation tauchte wenige Jahre später im *Delors-Bericht* zur Vorbereitung der Währungsunion wieder auf. Ja, wir brauchen Marktöffnung und eine einheitliche Währung, um uns auf die Globalisierung einzustellen und Europa wettbewerbsfähig zu machen. Gleichzeitig müssen wir etwas machen, um die zu erwartenden negativen sozialen Folgen aufzufangen und das - in diesem Zusammenhang erstmals so genannte „europäische Sozialmodell“ - zu erhalten. Weshalb sollen diese abgefangen werden? Weshalb sollen die Menschen nicht der Dynamik der Märkte überlassen werden und selbst sehen wie sie zurecht kommen? Die hier postulierte Erhaltung der sozialen Standards ist der Ausdruck eines impliziten Verständnisses von Gesellschaft, das Werte wie Solidarität umfasst – lange ehe der Terminus vom europäischen Gesellschaftsmodell zum Allerweltsbegriff wurde, als *Gegenpol* zur Markt- und Profitorientierung.

Als Folge dieser vorbeugenden Aufwertung der Puffer- oder Kompensationsfunktion der Sozialpolitik gegenüber der polarisierenden Dynamik der Märkte finden wir ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine große Menge sozialpolitischer Initiativen, Agendas, Chartas, Protokolle, allgemeine und auf spezielle Bereiche konzentrierte sozialpolitische Aktionsprogramme von Seiten der europäischen Institutionen, vor allem der Kommission. Es gab auch ein paar frühe sozialpolitische Fortschritte, wie z.B. die Maschinenrichtlinie zum Schutz der Arbeit. Der jüngste Ausdruck dieser kompensatorischen Funktion ist vielleicht der Globalisierungsfonds, der Ausgleichszahlungen für ArbeitnehmerInnen vorsieht, die durch Unternehmensverlagerungen ihren Job verlieren.

Das Problem an dieser Ausgleichsfunktion im europäischen Sozialmodell liegt jedoch darin, dass – von diesen kleinen Fortschritten abgesehen – sie nicht umgesetzt wurde und nicht funktioniert hat. Gegenüber der politisch geförderten Dynamik der Liberalisierung und Deregulierung gibt es so gut wie keine relevante europäische soziale Ausgleichspolitik. Die groß propagierte Absicht, zugleich mit dem Beschluss zur Vorbereitung der Währungsunion bei Gipfel von Maastricht im Dezember 1991 ein Kapitel über Sozialpolitik in der Vertrag zur Gründung der EU einzuführen, scheiterte am Widerstand Großbritanniens, und der Text konnte nur als unverbindliches Protokoll an den Vertrag angehängt werden. Aber auch nachdem er nach der Regierungsübernahme Tony Blairs in 1997 auf dem Gipfel von Amsterdam zum offiziellen Bestandteil des Vertrages wurde, zeigte sich zweierlei, nämlich erstens, dass es sich im wesentlichen um einen zahnlosen Tiger handelte, da die Kompetenzen der EU für verbindliche Regelungen außerordentlich schwach geblieben waren und zweitens, dass nicht einmal diese schwachen Kompetenzen genutzt wurden. Soziale Ausgleichspolitik in der EU ist im wesentlichen Rhetorik geblieben, die dazu beiträgt, die polarisierende Wirkung entfesselnder Konkurrenz nicht einzudämmen, sondern zu vernebeln, und die damit zu deren ideologischer Verharmlosung und Legitimierung beiträgt. Es ist m.E. müßig, darüber zu spekulieren, ob diese Funktionalisierung der *Sozialpolitik zur Nebelkerze* von Anfang an oder zumindest von Mitte der 1980er Jahre an der Zweck der verschiedenen sozialpolitischen Initiativen gewesen ist oder ob sich dies einfach trotz des guten Willens europäischer Institutionen angesichts der Dynamik und Kräfteverhältnisse so ergeben hat. Im letzteren Fall stellt sich natürlich immer noch die Frage, weshalb auf europäischer Ebene nicht mehr Energie aufgewandt wurde, sozialen Ausgleich zu schaffen.

Die Antwort auf diese Frage verweist auf zwei wesentliche Veränderungen in der Konzeption von Sozialpolitik, die sich in den 1990er Jahren weitgehend durchsetzten und ein neues Leitbild eines europäischen Gesellschaftsmodells etablierten.

2. Von der Solidarität zur Eigenverantwortung: die Neoliberalisierung des Gesellschaftsbilds. Die erste dieser Veränderungen kann als „Modernisierung“ des Gesellschaftsmodells bezeichnet werden – im Sinne des Abspecken der Sozialpolitik zugunsten von mehr Eigenverantwortung. Ab Mitte der 1990er Jahre hatte sich der Neoliberalismus in den meisten Mitgliedsstaaten und in den entscheidenden Gremien der Kommission relativ fest etabliert. Das hatte Konsequenzen für das Menschen- und Gesellschaftsbild und für die sozialpolitische Strategie. Die Aufgabe gesellschaftlicher Korrektur oder Abfederung sozialer Polarisierung als Folge entfesselter Konkurrenz wurde zwar nicht völlig aufgegeben, aber sie trat in den Hintergrund gegenüber der Forderung nach mehr Eigenverantwortung. Der Rückgriff auf gesellschaftliche Solidarität wurde als *überbordendes Anspruchsdenken* diskriminiert, als nicht finanzierbar hingestellt und zunehmend verweigert. Sie wurde überlagert und zunehmend ersetzt durch die Betonung der Eigenverantwortung und die individuelle Durchsetzung im Konkurrenzkampf, als das Medium des gesellschaftlichen Zusammenhaltes.

Diese Verschiebung legt es nahe, der Sozialpolitik auch theoretisch einen sehr viel geringeren Stellenwert als in der Phase der „sozialen Marktwirtschaft“ zu geben und kann insofern die faktisch-praktische Enthaltensamkeit bei der politischen Förderung des sozialen Zusammenhaltes jenseits deklamatorischer Floskeln zu erklären. Sie geht einher mit der Etablierung nicht nur eines neuen sozialpolitischen Leitbildes, sondern eines weit über den sozialen Bereich im engeren Sinne hinausgehenden Gesellschaftsbildes, in dem eine politische Öffentlichkeit, öffentliche Güter und demokratische Diskussionen eine untergeordnete Rolle spielen und dessen zentrale Leitbilder Flexibilisierung, Liberalisierung und Privatisierung heißen.

3. Von der Modernisierung zur Instrumentalisierung in der Weltmarktkonkurrenz. Dass diese Modernisierung des Gesellschaftsmodells nicht etwa eine Weiterentwicklung zu einer moderneren durch größere Handlungsspielräume gekennzeichneten Ebene individueller Frei-

heiten und Handlungsspielräume ist, zeigt sich spätestens mit ihrer Integration in die Lissabon-Strategie der EU im Frühjahr 2000. Diese ist klar nach außen gerichtet und formuliert das Ziel, die EU innerhalb von 10 Jahren zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Die Hauptinstrumente dazu sind erstens die radikale Marktöffnung – vor allem der Arbeits-, Finanz- Dienstleistungsmärkte - zweitens die „makroökonomische Disziplin“ – also eine restriktive Geld- und Finanzpolitik sowie *drittens und als neue strategische Säule die „Modernisierung“ der sozialen Sicherungssysteme, zunächst vor allem der Rentensysteme in den Mitgliedsländern selbst*. Sie überlagert die durch ideologischen Marktradikalismus geforderte sozialpolitische Enthaltensamkeit auf europäischer Ebene und gibt ihr einen praktischen Schub der Neuausrichtung der Sozialpolitik als Instrument der Förderung der Marktdynamik und der Wettbewerbsfähigkeit in den MGL selbst. Das Spannungsverhältnis zwischen Wettbewerb und Sozialem wird aufgehoben und durch die Instrumentalisierung des Sozialen für den Wettbewerb ersetzt. Sozialpolitik ist jetzt nicht mehr der Gegenpol zur Marktdynamik, die **Ent**-marktlichung gesellschaftlicher Beziehungen, sondern ein Element der **Ver**-marktlichung und Ökonomisierung sozialer Verhältnisse mit dem Ziel höherer Wettbewerbsfähigkeit. Sie wird zum Produktionsfaktor selbst, dessen Kosten zu minimieren und dessen Erträge zu maximieren sind. Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte spielt schon seit der Auflage des sog. Luxemburg-Prozesse im Jahre 1997 eine wesentliche Rolle. Jetzt kommt die Teilprivatisierung der Rentensysteme dazu. Letztere ist das durchschlagende Beispiel für die beiden wesentlichen Änderungen in der Konzeption des europäischen Sozialmodells.

- Erstens existiert das Ausgleichsmodell insofern weiter, als es fast überall noch Elemente der umlagefinanzierten öffentlichen Alterssicherung gibt, die aber immer mehr auf den status einer Grundsicherung gegen Altersarmut abgeschmolzen wird;
- Zweitens läuft die Hauptorientierung auf die Förderung der privaten Altersvorsorge durch Bildung von Kapitalstöcken hinaus, die durch die großen Finanzkonzerne verwaltet werden; damit wird gesellschaftliche Solidarität durch das Regime der Finanzmärkte ersetzt;
- Drittens führt die Privatisierung der sozialen Sicherung zu einer massive Kostensenkung der Unternehmen und fördert ihre Wettbewerbs- bzw. ihre Expansionsfähigkeit. Die zunächst innergesellschaftliche Kehrtwendung des Gesellschaftsbildes entpuppt sich nun als Vehikel zur stärkeren Außenorientierung.

Hier zeigt sich übrigens auch, dass die institutionelle und rechtliche Unzuständigkeit europäischen Institutionen diese offensichtlich doch nicht daran hindert, massiv auf die Mitgliedsländer einzuwirken und zu diesem Zweck sogar ein eigenes durchaus wirkungsvolles neues Verfahren zu entwickeln, nämlich die „Offene Methode der Koordinierung“ als Instrument der politischen Einflussnahme ohne rechtliche Zuständigkeit.

II. Abwendung oder Rückeroberung ? Wie weiter mit dem europäischen Sozialmodell?

4. ***Keine vorschnelle Aufgabe positiv besetzter Konzepte***. Welche Konsequenzen sollten wir aus dieser skizzierten Entwicklung ziehen?. Ist das Konzept des europäischen Sozialmodells - als Nebelkerze zur Verschleierung zunehmender sozialer Polarisierung, als Vehikel zunehmender Entsolidarisierung unter dem Mantel der Modernisierung und als Unterordnung unter die internationalen Expansionsinteressen europäischer Unternehmen – ist dieses Konzept damit für die KritikerInnen des Neoliberalismus entgültig verbrannt und unwiederbringlich verloren und sollte möglichst schnell aufgegeben – und vielleicht durch das Konzept eines „anderen Europas“ ersetzt werden?

Eine solche Schlussfolgerung liegt nahe, könnte aber vielleicht doch etwas vorschnell sein. Denn die neoliberale Hegemonie wird ja gerade durch Appell an die positiven Assoziationen gefestigt, die für die meisten Menschen mit dem Begriff des europäischen Gesellschaftsmodells verbunden sind. Diese positiven Assoziationen sind vor allem die der materiellen Sicherheit, gesellschaftlichen Solidarität und Gerechtigkeit sowie politischer Demokratie, individueller Freiheit und Gestaltungsmöglichkeiten des eigenen Lebens. Hierfür haben Arbeiter- und andere demokratische Bewegungen seit Ende des 19. Jahrhunderts gekämpft und auf diese Werte gründeten sich die demokratischen Sozialstaaten, die vor allem nach dem zweiten Weltkrieg aufgebaut wurden. Ihre Zusammenfassung unter dem Begriff des europäischen Gesellschaftsmodells ist in der politischen Öffentlichkeit immer noch positiv besetzt, auch wenn die politische Realität und Praxis sich längst von diesen Werten entfernt hat. Die Antwort hierauf sollte daher darin bestehen, diese Entfernung aufzuzeigen und zu kritisieren, statt den positiv besetzten Begriff aufzugeben.

Hierfür spricht auch die Tatsache, dass es ja mittlerweile auch wachsende öffentliche Kritik und praktischen Widerstand gegen die zunehmende Pervertierung des offiziell hochgehaltenen europäischen Gesellschaftsmodells durch die Politik von Konzernen, Regierungen und europäischen Institutionen gibt. Die Kritik richtet sich gegen Sozialabbau, Privatisierung öffentlicher Güter, Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, gegen die anhaltende Umverteilung von unten nach oben und die Entdemokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, durch die Ungerechtigkeit, Unsicherheit und Unterwerfung produziert werden. Das europäische Gesellschaftsmodell bleibt ein Feld der Auseinandersetzung, das wir nicht räumen sondern rückerobern, neu besetzen und gestalten sollten.

Wir stehen hierbei auch nicht allein gegen 27 neoliberale Mitgliedsländer. Wir können darauf verweisen – und tun dies viel zu wenig – dass es auch anders geht. Dass z.B. die skandinavischen Länder ein Gesellschaftsmodell weitgehend nach wie vor aufrechterhalten, das das Prinzip gesellschaftlicher Solidarität und Gerechtigkeit sehr viel stärker umsetzt als die anderen MGL und als die EU-Kommission – und dennoch ökonomisch nicht schwach sind.

5. Mehr als Werte, weniger als Instrumente: Eckpunkte eines europäischen Gesellschaftsmodells. Auf diesen Widerstand und auf diese positiven Beispiele können wir uns stützen, wenn wir versuchen, der neoliberalen Integrationsstrategie ein anderes europäisches Gesellschaftsmodell entgegenzusetzen. Dabei sollten wir positiv anknüpfen an die Grundwerte des demokratischen Sozialstaates: Frieden, Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit und materielle Sicherheit. Die Tatsache, dass dies alle, auch die Neoliberalen tun, heißt ja nicht, dass wir uns nicht darauf berufen können oder dürfen. Die Auseinandersetzung geht darum, was dies heute heißt, unter Bedingungen entwickelter Technologien, weitgehender Globalisierung, schärferer internationaler Konkurrenz, dem Vordringen der Finanzmärkte als vorherrschender Form ökonomischer Steuerung, der wachsenden Belastung und Zerstörung der natürlichen Grundlagen alles individuellen und gesellschaftlichen Lebens. Unsere Position sollte sein, dass die Umsetzung und Konkretisierung dieser Werte eine wesentliche Aufgabe der Gesellschaft jenseits der individuellen Verantwortung der Einzelnen ist, dass hierbei staatliche Politik und Institutionen eine zentrale Rolle spielen und es daher darauf ankommt, diese demokratisch zugänglich zu machen und zu gestalten.

Die attac-Organisationen aus 16 europäischen Ländern haben „10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag“ formuliert. Sie beziehen sich vor allem auf die Ausformulierung des notwendigen demokratischen Charakters der europäischen Institutionen und Prozeduren., während sie in wirtschafts-, sozial- und außenpolitischer Hinsicht viel allgemeiner bleiben. Auch

auf diesen Gebieten könnte man einen Schritt weiter gehen und Ziele formulieren, auf die man sich einigen könnte.

Demokratische Öffentlichkeit, soziale Bewegungen und politische Konfliktbereitschaft – Wege zu einem „europäischen Sozialmodell“

Es gibt unter den gegenwärtigen Bedingungen in Europa einige Orientierungen, die geeignet sind, die Eckpunkte eines eigenständigen Modells gesellschaftlicher Entwicklung in Europa als Alternative zur neoliberalen Deformation zu markieren. Sie sind konkreter als allgemeine Werteerklärungen – Menschenwürde, Solidarität, Freiheit, Gerechtigkeit – aber allgemeiner als einzelne Politikempfehlungen – z. B. zur Zins- oder Haushaltspolitik. Sie werden in verschiedenen Ländern und unter verschiedenen Bedingungen unterschiedlich ausgefüllt. Die Eckpunkte betreffen den wirtschaftlichen und sozialen Bereich, den Umgang mit der Natur, die internationalen Beziehungen und die politischen Strukturen und Prozeduren.

Wirtschafts- und sozialpolitische Säulen eines tragfähigen europäischen Gesellschaftsmodells sind die Überwindung der – aktuell in der EU zunehmenden – Armut, die Garantie stabiler Arbeitsplätze zu akzeptablen Bedingungen und Löhnen/Gehältern, die gesellschaftliche Verantwortung – auch auf europäischer Ebene – für die Alterssicherung und die Gesundheitsfürsorge sowie eine hohes Maß an sozialem Ausgleich und Gerechtigkeit.

Umweltpolitische Säulen eines tragfähigen europäischen Gesellschaftsmodells wären vor allem Konzeptionen und Politiken zur Energieeinsparung, und zum Umbau der Energieversorgung von den fossilen und nuklearen zu den erneuerbaren Energieträgern, sowie die Verminderung der Abfall- und die Vermeidung von Schadstoffproduktion.

In den *internationalen Beziehungen* sollte die EU weder das deutsche Modell aggressiver Weltmarktexpansion übernehmen noch die Rohstoffversorgung oder den Zugang zu den Weltmärkten durch militärische Mittel ins Auge fassen. Die tragfähige Alternative zur andauernden Überlegenheit auf dem Weltmarkt sind faire – d.h. gegenüber den Industrieländern gleichberechtigte und gegenüber den ärmeren Ländern des Südens entwicklungsfreundliche – Strukturen und Vereinbarungen.

Die vielleicht wichtigste Säule eines tragfähigen europäischen Gesellschaftsmodells sollte sein *demokratischer Charakter* sein. Dieser ist nicht in erster Linie durch institutionelle Änderungen herstellbar, obgleich er institutionell gefördert und abgesichert werden kann und sollte. Der Kern der Demokratie in Europa ist die öffentliche aufgeklärte Diskussion. Sie ist nur möglich, wenn die BürgerInnen Zugang zu allen Informationen haben, wissen worüber sie diskutieren und ihre Positionen ungehindert durch staatliche oder private Manipulationen bilden und so vertreten können, dass sie Eingang in politische Entscheidungsprozesse finden. .

Es ist offensichtlich, dass weder die aktuelle Wirklichkeit noch die Haupttendenzen europäischer Entwicklung einem durch diese vier Eckpunkte abgesteckten Gesellschaftsmodell entsprechen. Einer Veränderung in die skizzierte Richtung stehen hohe politische Hürden und machtvolle wirtschaftliche Interessen entgegen. Zum einen macht schon der derzeit bestehende Vertrag wirklich grundlegende Änderungen z.B. in der Geldpolitik sehr schwierig, weil er einstimmige Entscheidungen der Ministerräte oder gar Vertragsänderungen verlangt, die in allen Ländern parlamentarisch oder durch Referenden beschlossen werden müssten. Wenn es wegen der großen Unterschiede in den sozialökonomischen Strukturen und Interessen und in der ideologischen Ausrichtung in den nunmehr 27 Mitgliedsländern zu einer derartigen Einstimmigkeit nicht kommt, böte sich zum anderen zwar das im Vertrag von Maastricht einge-

führte und im Vertrag von Nizza (in den Artikeln 43-45) ausgeweitete Verfahren „verstärkter Zusammenarbeit“ zwischen einer begrenzten Zahl von Mitgliedsländern an. Sie könnten unter Nutzung europäischer Strukturen und Verfahren beispielsweise eine intensivere Politik zur Überwindung der Armut durch verstärkte Transfers oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch öffentliche Investitionsprogramme, Arbeitszeitverkürzungen, gesetzliche Mindestlöhne und den Ausbau des öffentlichen Sektors vereinbaren und umsetzen. Das Problem ist nicht, dass derartige Initiativen aus institutionellen und Vertragsgründen nicht möglich wäre. Es besteht vielmehr darin, dass es zur Zeit eine derartige progressive Allianz nicht gibt. Keine Regierung hat ein Interesse daran oder/und den Mut dazu, zur Umsetzung demokratischer und sozialer Standards in Europa den Konflikt mit den Regierungen anderer Mitgliedsländer, Lobbies und Konzernen aufzunehmen, die das neoliberale Modell aktiv betreiben und/oder davon profitieren. Ohne diese Konfliktbereitschaft wird es aber keinen Fortschritt in Europa geben. Vordringliche Schritte zur Förderung sozialer, ökologischer und demokratischer Fortschritte in Europa sind daher nicht die Verabschiedung einer Verfassung, sondern die Förderung dieser Konfliktbereitschaft. Dazu gehören zum einen die Aufklärung über die und Kritik an den neoliberalen Haupttendenzen europäischer Politik - und in Deutschland überdies in besonderem Maße die Aufklärung über die maßgebliche deutsche Verantwortung für diese Entwicklung. Aufklärung und Kritik sollten zum anderen dazu beitragen, den Widerstand gegen die neoliberale Demontage sozialstaatlicher Strukturen zu unterstützen und zu stärken. Dies erfordert schließlich auch die Entwicklung und Verbreitung von Konzeptionen und konkreten Ausgestaltungen eines anderen Musters gesellschaftlicher Entwicklung in Europa, dessen Grundlagen Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität sind.

6. Was bedeutet dies für eine vernünftige Position zur EU-Verfassung?

Natürlich bleibt es bei der Ablehnung des vorliegenden Entwurfes, auch in einer abgespeckten Version. Denn die wesentlichen Kritikpunkte – Demokratiedefizit, Militarisierung und Neoliberalismus als Staatsdoktrin – bleiben ja erhalten, keine Regierung hat vorgeschlagen, etwas davon zu ändern, von der Kommission ganz zu schweigen. Wir wollen eine an dere Verfassung, den Traditionen und Grun

Unter diesen Umständen kommt es darauf an, in möglichst vielen Ländern der EU dem vorherrschenden Modell des Neoliberalismus praktisch entgegenzutreten, die durch neoliberale Politik in erheblichem Maße demontierten und teils bereits verschütteten demokratischen und sozialstaatlichen Traditionen zu erneuern und weiterzuentwickeln, sowie die neuen Anforderungen an den Umgang mit der Natur und an die Gestaltung der Globalisierung praktisch-politisch aufzunehmen. Auf der Grundlage einer erst zu schaffenden demokratischen Öffentlichkeit und wacher sozialer Bewegungen wird dann auch eine europäische Verfassung ein sinnvolles stabilisierendes Vorhaben. Sie jetzt sozusagen im Vorlauf verabschieden zu wollen, ist ein abgehobenes Eliteprojekt, das im besten Fall idealistische Illusionen weckt, im schlimmeren – und wahrscheinlicheren – Fall zur Festigung des Neoliberalismus in Europa instrumentalisiert würde.